



Gordon Schnieder (CDU) freut sich über das einstimmige Votum der Delegierten zum Koalitionsvertrag.

Foto: Kristina Schäfer

CDU und SPD stimmen Koalitionsvertrag zu

Jubel und Geschlossenheit bei der CDU, Selbstkritik bei den Genossen: Die Parteien beschließen ihr Bündnis. Währenddessen werden neue mögliche Minister bekannt.

Von Annika Sinner und Elisabeth Saller

MAINZ/NIEDER-OLM.

Jubel bei der CDU, Gesprächsbedarf bei der SPD. Am Samstag haben die Delegierten der beiden Parteien über den Koalitionsvertrag für Rheinland-Pfalz abgestimmt. Während der Parteiausschuss der CDU in gut einer Stunde über die Bühne ging, dauerte der außerordentliche Parteitag der SPD etwas mehr als drei Stunden.

Die 120 Delegierten der CDU nahmen den Koalitionsvertrag einstimmig an. Der designierte Ministerpräsident Gordon Schnieder, der Verhandlungsführer der Christdemokraten war, stellte den Mitgliedern die für ihn wichtigsten Punkte des Vertrags im Atrium-Hotel in Mainz-Finthen vor. Nach jedem Thema, bei jeder Sprechpause, klatschten die CDU-Delegierten; am Ende jubelten sie. „Dass ich das noch erleben darf“, freute sich der ehemalige Mainzer CDU-Landtagsabgeordnete Gerd Schreiner – 35 Jahre lang saß seine Partei in der Opposition.

Koalitionsvertrag mit Handschrift der CDU

Der Koalitionsvertrag, seit Donnerstag öffentlich, „trägt unsere klare Handschrift“, meinte Schnieder und führte aus: Die frühkindliche Bildung werde unter anderem durch 1.000 Sprachlernkräfte in den Kitas gestärkt. „Die Kinder werden wieder Deutsch sprechen, wenn sie in die Grundschule kommen“, versprach er. Es werde ein verbindliches letztes Kitajahr geben, und das Gehalt für Grundschullehrer soll steigen.

Nächster Punkt – „ein großartiges Sicherheitspaket“: Die Zahl der Landespolizisten soll auf 10.500 steigen, mit bis zu 500 Neueinstellungen pro Jahr. Die Videoüberwachung an Brennpunkten will die neue Regierung rechtssicher gestalten, und zudem Schwerpunktstaatsanwaltschaften einführen. Die irreguläre Migration soll eingedämmt werden, auf die Kommunen sollen künftig nur Migranten mit Bleibeperspektive verteilt werden.

Die Meisterausbildung soll kostenlos werden, „wie versprochen“. Straßenausbaubeiträge sollen abgeschafft, 200 zusätzliche Medizinstudienplätze geschaffen werden, sagte Schnieder und fand: „ein hervorragender Erfolg dieser Verhandlungen.“ Mit der Verwertungsgesellschaft Gema will das Land einen Pauschalvertrag schließen, damit Vereine bei Festen kein Problem mehr mit der Musik haben.

Der Koalitionsvertrag sei von vielen Helfern erarbeitet und erstellt worden. „Es waren lange Tage, kurze Nächte.“ Immer wieder lobte Schnieder das Werk. Dennoch: Nicht alle Wünsche der CDU habe man bei den Verhandlungen durchbekommen.

Nach einer kurzen Debatte mit nur vier Wortmeldungen stimmten die CDU-Delegierten dem Vertrag geschlossen zu. Das letzte Wort der Veranstaltung hatte Gordon Schnieder: „Ich freue mich auf das, was vor uns liegt.“

Applaus gab es auch bei der SPD – allerdings hauptsächlich für einen: Alexander Schweitzer. Auf dem außerordentlichen Parteitag in Nieder-Olm erhielt er minutenlang stehende Ovationen – und musste seine Rede zwischenzeitlich vor Rührung unterbrechen. Natürlich sei die Wahl nicht so ausgefallen, wie er es sich gewünscht habe, die Marke SPD sei beschädigt.

Doch: „Wer glaubt, dass die CDU der triumphierende Gewinner ist und die SPD am Boden liegt, der sollte sich die Ergebnisse anschauen. Wir haben das schlechteste Ergebnis seit 1945 – die CDU hat das zweitschlechteste. Wir sind darauf angewiesen, dass wir gemeinsam gut arbeiten, damit die politische Mitte insgesamt wieder gestärkt wird.“ Gleichzeitig sei es aber auch kein Ergebnis, bei dem man sich schämen müsse, Sozialdemokrat zu sein, sagte er sichtlich berührt.

SPD opferte Innen- für Finanzministerium

Aus den Koalitionsverhandlungen, so der Tenor auf dem Parteitag, habe man aber viel herausgeholt. Aus Schweitzers Sicht habe man sogar mehr erreicht als mit Grünen und FDP. Zwar muss die SPD mit dem Innen- und dem Bildungsministerium zwei bedeutende Ministerien abgeben, müssen mit Sven Teuber und Michael Ebling zwei profilierte Politiker ihre Posten räumen. Doch im Gegenzug erhält die SPD in der Wirtschaftspolitik nahezu freie Hand.

Aus SPD-Kreisen heißt es, die Partei habe das Innenministerium abgegeben, um das Finanzministerium, auf dem Schnieder im Wahlkampf noch bestanden hatte, zu bekommen. Das neu geschaffene Ministerium für Kommunen, Bauen, Wohnen und Kultur wirkt hingegen wie zugeschnitten auf Ebling – dass dieser im Laufe der Woche für den Posten bestätigt wird, gilt als gesetzt. Als neuer Innenminister wird indes der bisherige

Vorsitzende des Innenausschusses, Dirk Herber (CDU), gehandelt.

Doch nicht alle Genossen sind mit dem Koalitionsvertrag so zufrieden wie Schweitzer. Walter Fender aus der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) kündigte an, dem Vertrag nicht zustimmen zu wollen. Als Grund nannte er die aus seiner Sicht arbeitnehmerfeindliche Politik der Bundesregierung, die auch der SPD in Rheinland-Pfalz im Wahlkampf geschadet habe.

Kritik kam auch von der Juso-Landesvorsitzenden Beatrice Wiesner. „Für eine GroKo ist dieser Vertrag mehr als ein ordentliches Ergebnis. Ich weiß, das war nicht leicht, und ich weiß: Ihr habt um jede Zeile gerungen. Aber: Man merkt eben trotzdem auf jeder Seite, wer noch mit am Tisch saß, und das ist die CDU. Mit der ist Fortschritt nur begrenzt möglich“, sagte sie. Insbesondere die „Blockade-Haltung“ des Koalitionspartners beim Wahlrecht ab 16 sowie die Migrationspolitik kritisierte sie.

Schlussendlich war die Zustimmung zum Vertrag mit lediglich vier Gegenstimmen und sechs Enthaltungen aber auch bei den Genossen hoch. Ein Antrag auf eine Mitgliederbefragung wie vor der Großen Koalition im Bund wurde aufgrund eines Formfehlers zurückgezogen. Nun müssen SPD und CDU den Vertrag unterschreiben. Ein Termin dafür ist noch nicht bekannt.